

1. Mai 2004 in Dortmund – Same procedure as every year?

Nein, denn in diesem Jahr beteiligte sich an der alljährlichen Mai-Demonstration des DGB erstmalig eine 12-köpfige Gruppe von Unternehmern, stilsicher mit Schampus und Zigarre, mit Zylinder und schwarzem Anzug, mit Pelz und eigenem Serviermädchen. Die Damen und Herren trugen ihre Forderungen – die uns sonst täglich durch Schröder, Clement, Rürup, Merkel, Westerwelle und Co. über die Medien präsentiert werden – nun direkt auf die Straße: Für Arbeitszeitverlängerung, für Sozialabbau, für Rüstungsproduktion, für die Beseitigung des Flächentarifvertrags, für Hartz und Co. Satire? Wohl nur insofern, als Unternehmer ihre Interessen üblicherweise in Gemeinwohlflaskeln verpackt vertreten (lassen), statt sich unverblümt und direkt als Profiteure zu outen.

Eine Polit-Aktion von Mitgliedern und



Die Unternehmer sind gut aufgestellt...

Freunden des Linken Bündnis Dortmund, die große Aufmerksamkeit und viel Zustimmung fand.

Auch die örtliche Presse (WAZ und RN) berichtete ausführlich.

D. V.

Aus dem Aufruf des Linken Bündnis Dortmund zum 1. Mai

Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale gesellschaftliche Problem in der kapitalistischen Gesellschaft. Im Februar 2004 betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen 4.641.000 in der BRD. Im gleichen Monat waren in Dortmund 42.923 Menschen arbeitslos gemeldet. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit liegt aber erheblich höher und wird mit Hilfe statistischer Tricks und erhöhtem Druck auf die Arbeitslosen verringert.

Die Menschen Dortmunds - in einem Zentrum der industriegesellschaftlichen Aufbauphase - waren jahrzehntelang Ausbeutungsobjekte von Stahl- und Montan-

konzernen. Als andernorts höhere Profitraten durch Stahlerzeugung und Kohleabbau zu erzielen waren, zogen sich die Konzerne aus der Region zurück und hinterließen Massenarbeitslosigkeit und stillgelegte Produktionsstätten.

Nun ist „Strukturwandel“ angesagt: Offizielle Hoffnung auf Wachstum und Arbeitsplätze durch Informations- und Kommunikationstechniken und Dienstleistungsbranche. Das „dortmund-project“ soll innerhalb von 10 Jahren 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Um die Stadt für deren zukünftige Inhaber attraktiv zu machen, werden „Leuchtturmprojekte“ gestaltet

und deren Kritiker als Miesmacher mundtot gemacht. Das „dortmund-project“ ist schon jetzt gescheitert: Denn bis 2002 wurden nur knapp 4000 Arbeitsplätze geschaffen. In den Jahren 2003 und 2004 sind die Zahlen nicht viel besser.

Notwendig ist eine Politik, die sich tatsächlich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in dieser Stadt ausrichtet - und dazu sind u.a. erforderlich:

- Die Abwehr der von den Arbeitgebern geforderten Arbeitszeitverlängerung und stattdessen radikale Arbeitszeitverkürzung, und zwar auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Arbeitsplatzabbau bei der Stadt Dortmund und den Unternehmen des ►



Die Unternehmer bieten Häppchen an:
Nach anfänglichem Zögern...



... lässt OB Dr. Langemeyer sich nicht lumpen und greift zu

Auf der 1.Mai-Demo des DGB präsentierten sich einige Mitglieder des Linken Bündnis Dortmund mal ganz anders:



Ernst Marschefski
kandidiert für die BV Brackel



Susanne Matull
kandidiert für die BV Hombruch

Fortsetzung von Seite 1

„Konzerns Stadt Dortmund“ stoppen
• Investitionen der Stadt zum Erhalt und Ausbau der städtischen Infrastruktur im Interesse der Lohnabhängigen wie: Versorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Öffentlicher Wohnungsbau, Förderung des Energie- und Wassersparens, Förderung kultureller Möglichkeiten (Räume für Musik, Theater, Versammlungen ein-

schließlich Personal), Förderung des Breitensports, Ausbau öffentlicher Bibliotheken usw.
• Arbeitsförderungs- und Investitionsprogramm
• Schaffung von Ausbildungsplätzen bei der Stadtverwaltung und in den Gesellschaften des „Konzerns Stadt Dortmund“ mit einer Quote von 10 %
• Ausbau der öffentlichen Beschäftigung in Form eines gezielten Beschäf-

Das jüngste Gerücht...

Neben den unterschiedlichsten Vermutungen, warum die WR die 1. Mai-Aktion des Linken Bündnis Dortmund keiner Zeile und keines Fotos für würdig befand (wie z. B. dieser Überlegung: Es wurde einfach der Bericht des Vorjahres übernommen!), kursiert z. Zt. folgendes Gerücht:

Frank Bünthe, Chefredakteur der WR, wurde, da sich in direkter Nähe des Oberbürgermeisters aufhaltend, Zeuge, wie „Unternehmensvertreter“ dem OB zur Einführung der 41-Stunden-Woche bei der Stadtverwaltung gratulierten und ihm Erfolg für seine Wiederwahl im September wünschten, da er für den Aufschwung in Dortmund stehe. Gefiel das nicht? Oder: War da gar Verärgerung, weil der Chefredakteur kein Häppchen bekam? Wie gesagt: nur ein Gerücht.

tigungsprogramms für die Arbeitslosen, die nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt eingegliedert werden können
• Erhaltung bzw. Ausbau des „Dritten Sektors“, d. h. Soziale Dienste wie Arbeitslosen-Zentren, Aids-Hilfe, Hilfe für Haftentlassene, Wohnungslose, Drogenabhängige, Verschuldete, psychisch Kranke.
**Arbeit ist nicht alles,
aber ohne Arbeit ist alles nichts!**

Nach den großen Demonstrationen am 3. April gegen Sozialabbau - Wie geht es mit den Gewerkschaften weiter?

Die erfolgreichen Demonstrationen am 3. April haben gezeigt, daß viele Menschen in unserem Land bereit sind, gegen die Zerschlagung des Sozialstaates zu kämpfen.

Besonders hoch einzuschätzen bei diesen Aktionen der 500.000 ist, daß sie von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialforen und Kirchenverbänden getragen wurden.

Eine Fortsetzung des 3. April gab es am 1. Mai jedoch leider nicht.

Schon die 1. Mai-Losung des DGB: „Unser Europa: frei – gleich – gerecht“ war eher süßlich als kämpferisch. Eine Losung wie: „Europäische Arbeitnehmer leisten gemeinsam Widerstand gegen Sozialabbau“ wäre angemessen gewesen.

Die Rede des Kollegen Hexel (DGB-Bundensvorstand) in Dortmund war sehr „artig“ und sein Vorschlag, reiche Manager und Politiker sollten Patenschaften für sozial Schwache übernehmen, war ziemlich einfältig.

Während in Köln Ministerpräsident Steinbrück als Mairedner wegen seiner Mitverantwortung für die Agenda 2010 zurecht ausgepiffen wurde, wird er vom DGB-Landeschef Haas wiederum verteidigt.

Die Gewerkschaften sollten endlich begreifen, daß die SPD-Führung ihnen als Bündnispartner nicht mehr zur Verfügung steht.

Vielmehr betreiben Regierung und Opposition gemeinsam mit Unternehmerverbänden die Entpolitisierung und Entmachtung der Gewerkschaften: Die Einheitsgewerkschaft als Organisation der sozialen und politischen Interessenvertretung soll ihren Einfluss verlieren, erkämpfte und im Grundgesetz verankerte Rechte wie die Tarifautonomie sollen abgeschafft werden.

Zwar wurde am 1. Mai in vielen Reden von einem Politikwechsel gesprochen, und das kann nur begrüßt werden. Nur: diese Forderung muß konkretisiert und offensiv vertreten werden.

Denn es gibt Alternativen zur neoliberalen Politik:

- Abrüstung sofort, mindestens 10 Prozent der jetzigen Rüstungskosten für soziale Aufgaben nutzen!
- Sofortige Wiedereinführung der Ver-

- Öffentliche Dienstleistungen nach sozialen Bedürfnissen statt Privatisierung öffentlichen Eigentums!

Die Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen und tragen eine große Verantwortung: Denn diese



Ulli Schnabel (re), 69 J., Stahlarbeiter, und Herbert Reker (li), 74 J., Schriftsetzer, beide Rentner, kandidieren für die BV Brackel

mögenssteuer. Heraufsetzung der Erbschaftssteuer für Großvermögen!

- Eine sofortige Abgabe großer Vermögen zur Armutsbekämpfung!
- Arbeitsplätze sichern durch massive Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

Alternativen können durchgesetzt werden, wenn der DGB den Widerstand der gesamten Gewerkschaftsbewegung organisiert, wenn durch außerparlamentarischen Druck und die Bündelung aller Kräfte ein wirklicher Politikwechsel erzwungen wird.

Völlig veraltete Klassentheorie

*Was den Armen zu wünschen wäre
für eine bessere Zukunft?
Nur daß sie alle im Kampf gegen die Reichen
so unbeirrbar sein sollen
so findig und so beständig
wie die Reichen
im Kampf gegen die Armen sind*

Erich Fried

8.Mai: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Wie schon in den vergangenen Jahren gedachte das „Bündnis Dortmund gegen Rechts“ der Opfer von Faschismus und Krieg. Gefordert wird, kriegsverherrlichende Denkmäler als solche zu kennzeichnen und Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandes zu pflegen und instandzuhalten. Das Auffanglager Hüttenwerk an der Hermannstraße, in dem Naziopfer gequält und ermordet wurden, darf nicht im geplanten Dortmunder Phoenixsee versenkt werden.

Der Schüler Said Khosrawani hielt am 8.Mai vor dem Nazi-Laden in der Rheinischen Straße folgende Rede:

Bye, bye, „Buy or Die“!

Wir haben uns am heutigen Tag hier vor dem Laden versammelt, um gemeinsam möglichst großen Druck und Öffentlichkeit gegenüber dem noch unbehelligten Nazi-Laden auszuüben. Vorab gehe ich auf das optische Bild des Ladens ein und damit verbunden die Symbole, Codes und den Lifestyle der Nazis.

Mit den Zahlencodes werden strafrechtlich relevante Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen verschlüsselt. Vielen ist der Zahlencode „88“ schon bekannt. Die Zahl wird in der Neo-Nazi Szene als Code für den achten Buchstaben im Alphabet be-

Mit einer Demonstration zum Nazi-Laden „Buy or Die“ („Kauf oder Stirb“) in der Rheinischen Straße 135 wurde am 8. Mai protestiert gegen eine neofaschistische Szene, die in Dortmund wächst und sich organisiert – auch wenn Stadt- und Polizeiführung das nicht wahrhaben wollen. Gefordert wird, den Nazi-Laden zu schließen und Neofaschisten grundsätzlich keine Räume, keine Plätze in Dortmund zu überlassen.

D. V.

nutzt. Also“88“ = Heil Hitler. Genauso ist es mit der „18“ = Adolf Hitler. Die Zahlenkombination findet sich beispielsweise in dem Namen der militanten Organisation „Combat 18 „ und der Band Sturm 18. Seit dem Verbot der Organisation „Blood & Honour“ im September 2000 wird die Zahl 28 als Synonym für B&H verwendet. [...] Es gibt noch etliche solcher Zahlencodes.

Bei ihren Symbolen haben sie es trotz Strafrechtlichkeit genauso einfach. Zum Beispiel das Keltenkreuz. Ein runder Kreis mit einem Kreuz drüber. Dient in der rechtsextremen

Szene weltweit als Symbol für die Vormachtstellung der weissen Rasse und gilt als White Power Zeichen. Die Reichskriegsfahne, die man sicherlich auch in diesem Laden erhalten kann, existiert seit 1867 in verschiedenen Darstellungsformen. Beliebte unter den Nazis ist die ursprüngliche Variante mit schwarzem Kreuz, in dessen Mitte ein Kreis mit Reichsadler sowie in der linken oberen Ecke das Eiserne Kreuz auf schwarz-weiß-rottem Hintergrund abgebildet sind. Die Reichskriegsfahne ist eines der meist verwendeten Symbole in der Neo-Nazi Szene. Sie können in der Öffentlichkeit damit rumstolzieren und es kommt vielleicht vereinzelt mal zu polizeilichen Eingriffen. Es gibt noch etliche andere Symbole mit heidnisch/germanischen oder nationalsozialistischem Bezug.

Kommen wir zu den Bekleidungsmarken, die man hier in diesem Laden wie auch in anderen erhalten kann. „Ben Sherman“ Der Modeschöpfer Ben Sherman galt in den 60er Jahren als King der Londoner Kulturmeile Carnaby Street. [...] „Ben Sherman“ gilt als traditionelle Skinhead-Marke und hat keinerlei politische Hintergründe und Aussagen. „Lonsdale“ - der Legende nach war Lonsdale ein englischer Arbeitersportverein, dem in den 60er Jahren viele Skinheads angehört haben sollen. Heu-



Der Inhaber: Peter Voss (23)
Hier bei seiner Festnahme im Februar 2001, als er während einer Nazi-Demo in Lüdenscheid den „Hitler-Gruß“ zeigte. Er hat beste Kontakte zur „Kameradschaft Dortmund“, um den gerade im Knast sitzenden Siegfried Borchardt, die in den letzten Jahren die Naziaufmärsche in Dortmund mitorganisierte.

te trägt eine Bekleidungs-marke diesen Namen, deren Popularität bei den Neo-Nazis sich schwachsinnigerweise auf die darin enthaltenen Buchstaben NSDA bezieht. Aber: Lonsdale unterstützt antirassistische Kultur-initiativen.

„Consdaple“ - die Marke ist bei Neo-Nazis aufgrund der im Wort enthaltenen Buchstabenkombination NSDAP äusserst beliebt. Die von Neo-Nazis entworfene Consdaple-Bekleidung wird nur in Nazi-Läden verkauft. [...] Weitere Markennamen sind „Fred Perry“, „Troublemaker“ und „PitBull“.

Das ganze Versteckspiel mit den Symbolen, Codes und dem Lifestyle ist zwar lächerlich, aber gut strukturiert und organisiert. Wie gefährlich sich das besonders auf Jugendliche auswirkt ist fast niemandem bewußt. Doch genauso strukturiert ist es mit der Musik in der Nazi-Szene.

Eine von vielen Rechts-Rock Bands ist Oidoxie, sie locken und missbrauchen die Gefühle der Menschen demagogisch und profitieren dabei auch noch! Wie gefährlich ihr Konzept dabei ist, ist auch fast niemandem bewußt. Das Gefühl nach Zugehörigkeit wird dem Menschen ethnisch begründet und nicht menschlich.

Aber wenn Staat und Polizei die Nazi-Strukturen unbehelligt lassen und lieber jugendliche Punker von einem Park in den anderen vertreiben, ist es nicht überraschend, dass es zu Übergriffen kommt.

Wie z.B. in der Nacht des 30. auf den 31. März, wo ein Punkermädel humpelnd auf dem Heimweg von drei Neo-Nazis mit dem Spruch „Eine Zecke und behindert dazu auch noch, doppelter Grund zu vergasen“ angehalten und übelst verprügelt wurde, so daß sie einen Wadenbeinbruch und ei-

nen Rippenbruch erleiden mußte.

Die Vertreibung muß aufhören und der Nazi-Laden muß weg!

Wir akzeptieren nicht, daß Neo-Nazis ihre Propaganda ungestraft vertreiben können. Dieser Nazi-Laden dient einerseits der Köderung von Nachwuchs für die rechte Szene, andererseits der Finanzierung von rechten Umtrieben. Diese Einnahmequelle für die organisierten Neo-Nazis darf nicht weiterbestehen! Sie muss mit allen Möglichkeiten bekämpft werden. Faschistische und rassistische Strukturen müssen aufgedeckt und öffentlich gemacht werden. Fangen wir hier beim „Buy or Die“ an!!!!

In diesem Sinn:

Bye, Bye, „Buy or Die“!

*Said Khosrawani, 18 J., Schüler,
kandidiert für die BV Ost
und ist Direktkandidat im WK 5 (Ost)*

Ulrich Sander, Landessprecher der VVN-BdA NRW, auf der Demonstration am 8. Mai in Dortmund

Die Lehren des 8. Mai

Manche klugen Leute sagen: Wer sich nicht erinnern will, läuft Gefahr, es erneut zu erleiden. Also erinnern wir uns. Heute vor 59 Jahren schwiegen endlich die Waffen. Faschismus und Krieg kosteten die Menschheit 55 Millionen Tote, darunter sechs Millionen Juden und 20 Millionen Slawen und eine halbe Million Sinti und Roma. Europa und viele Länder darüber hinaus lagen in Schutt und Asche.

Ich gestatte mir, eines der ersten Dokumente zu zitieren, die von deutschen Antifaschisten nach dem Tag der Befreiung veröffentlicht wurden und in denen von der Schuld des deutschen Volkes und auch der Linken gesprochen wird.

Denn die Befreiung war leider nicht das Werk der Deutschen, sondern der Antihitlerkoalition der Staaten und Völker, darunter vor allem die Sowjetunion. „Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den

Krieg und seine Folgen trägt.“ So heißt es im Aufruf der KPD vom 1. Juni 1945. „Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten. ...

Ihr Teil Schuld tragen alle jene deutschen Männer und Frauen, die willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß, wie er alle demokratischen Organisationen, vor allem die Arbeiterorganisationen, zerschlug und die besten Deutschen einsperren, martern und köpfen ließ.

Schuld tragen alle jene Deutschen, die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands‘ sahen und im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten.

Unser Unglück war, dass Millionen und aber Millionen Deutsche der Nazidemagogie verfielen, daß das Gift der tierischen Rassenlehre, des ‚Kampfes um Lebensraum‘ den Organismus des Volkes verseuchen konnte. Unser Unglück war, daß breite Bevölkerungsschichten das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren

und Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrot-tisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach. So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber.“

Im Aufruf der KPD heißt es weiter: „Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. [...]“. Und so wird die Schlußfolgerung gezogen: **„Keinerlei Nachsicht gegenüber Nazismus und der Reaktion.“**

Und heute, wo stehen wir an diesem 8. Mai 2004?

Heute müssen Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten in der „Frankfurter Rundschau“ (in einer Anzeige) feststellen, daß Politiker, Juristen und Polizei die faschistische Propaganda mit allen zu Gebote stehenden Mitteln schützen. In der Anzeige heißt es: **„Die Erinnerung an den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes gilt als** ▶

extremistisch und verfassungsfeindlich. Die Schlußfolgerung ‚Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen‘ - gezogen aus den Lehren von Krieg und Völkermord mit 55 Millionen Toten - ist angeblich mit den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates unvereinbar. Nazis werden zur staatsgeschützten Spezies.“

Nach dem von staatlicher Seite in unverantwortlicher Weise herbeigeführten Scheitern des NPD-Verbotsprozesses vor einem Jahr nimmt die Tolerierung faschistischer Umtriebe immer schlimmere Formen an. Und die Beteiligung Deutschlands an Rüstung und Krieg - entgegen dem Grundgesetz - ist wieder tägliche Praxis und wichtigster Teil deutscher Außenpolitik.

Während im Zuge des neoliberalen Staatsumbaus parteienübergreifend selbst gewerkschaftliche Interessenvertretungen als einem imaginären „Gemeinwohl“ abträglich kritisiert werden - ganz im Sinne von Wilhelm II., der „keine Parteien mehr kannte“ und „nur noch Deutsche“ sah, als er den ersten Weltkrieg lostrat - sorgten der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Hohmann und der höchste Ausbilder des „Kommandos Spezialkräfte“, Günzel, mit der Wiederbelebung des faschistischen Feindbilds vom „jüdischen Bolschewismus“ dafür, daß die Grenzen zwischen Faschismus und ganz ordinärer Reaktion verschwimmen.

Es ist nur wenige Tage her, da wurde die Erweiterung der Europäischen Union als Einheit Europas - gar als Wiedervereinigung gefeiert. Einheit Europas? Gehören die Völker und Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die die Hauptlast zur Befreiung Europas vom Faschismus trugen, nicht dazu? Ist Russland wieder die asiatische Steppe? Und was heißt „Wiedervereinigung Europas“? (Frankfurter Rundschau, 3.5.04) Hat es die heutige EU schon mal gegeben? Das ist ja wohl nicht gemeint. Aber erinnert sei daran, daß die Neonazis und die militärischen Traditionsverbände sehr gern von dem vereinten Europa sprechen, das es schon mal gab. Innerhalb einer Außen-

grenze hat es soviel Europa wie heute nur zu Zeiten des Faschismus und des Krieges gegeben. Da soll man doch wohl vorsichtig sein mit Begriffen wie Wiedervereinigung.

Seit Bundespräsident Weizsäcker vor 19 Jahren den Begriff »8.Mai – Tag der Befreiung« auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit durchsetzte, galt es auch als selbstverständlich, an den großen Anteil der Sowjetunion an der Befreiung zu erinnern. Der 8. Mai gilt seitdem als der Tag der Niederlage Nazideutschlands, als der Tag der Befreiung vom Faschismus.

Das soll sich nun wieder ändern. Heute wendet sich die SPD gegen die Überlegung, den Termin für die NRW-Landtagswahl 2005 auf den 8. Mai zu legen, weil dies ein „historisch stark belastetes Datum“, nämlich der Jahrestag „der Kapitulation der deutschen Wehrmacht“ sei; die CDU hingegen erklärt, dieses Kapitulationsdatum passe ihr gut, es passe zu dem von ihr angestrebten „Machtwechsel“. (siehe „Parlament“ 15./22. 3. 04) Geschichte wird gefälscht, so wie es denen da oben gerade in den Kram paßt. Grund genug, sich mit dieser Zeit genauer zu befassen.

Während damals die Krupps und Thyssens im Gefängnis saßen, krepelten Gewerkschafter die Ärmel auf und begannen, die Betriebe wieder aufzubauen. Frauen waren es, die die Trümmer beiseite räumten.

Heute herrschen die Nachfolger Krupps und Thyssens, die Nachfolger jener, die Hitler bezahlten und an seinem Krieg verdienten, wieder fast unumwunden. Um ihrer Profite willen wird heute Politik gemacht. Jene, die dieses Land wieder aufbauten, bekommen als Rentner erneut die Gier jener zu spüren, die unser Land ins Unglück stießen. Agenda 2010 nennt sich das Programm des Sozialabbaus zugunsten von Rüstung und Unternehmensgewinnen. Die Arbeitslosenzahlen bewegen sich wieder auf die Größenordnungen von vor 1933 zu, und es fordert ein Innenminister Schily wieder Lösungen nach der Art jener Zeit: Pflichtdienst für junge Leute. (Westf. Rundschau 20.3.04)

Verdächtige Personen will er in Schutzhaft nehmen. Der Spitzel- und Überwachungsapparat wird ausgebaut. Wer verdächtig ist, ein Terrorist zu sein, soll nach Meinung Otto Schilys per Notwehrrecht getötet werden dürfen. Die nach der Verfassung abgeschaffte Todesstrafe sah wenigstens noch ein Gerichtsurteil vor; Herr Schily kommt ohne aus. (Siehe „Spiegel“ vom 26. April 04 und FR vom 26. und 27. April.) Wohlgermerkt, ich stelle Herrn Schily von der SPD, vorher von den Grünen, nicht auf eine Stufe mit den Nazis. Aber auf die Stufe jener Konservativen, die 1933 mehrheitlich den Faschismus in die bürgerliche Ordnung einfügen wollten, darf man ihn wohl stellen. Auch solchen Leuten sagen wir: Wehret den Anfängen.

Doch was heißt schon Anfänge. Es hat mich sehr erschreckt, als angesichts des zunehmenden Antisemitismus in den „seriösen“ Kreisen und angesichts des dreisten Versuchs der Nazis, gegen einen Synagogenbau zu demonstrieren, der Landesrabbiner Dr. Brandt äußerte, **„es geht nicht mehr um ‚Wehret den Anfängen‘, sondern um ‚Wehret dem Durchbruch‘.“** **Gegen diesen Durchbruch wollen wir handeln. Bereiten wir uns gut auf den 60. Jahrestag des 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg vor - und handeln wir gegen Faschismus und Krieg.**



*Ulrich Sander, 62 J., Journalist,
Oberbürgermeisterkandidat
des Linken Bündnis Dortmund*

Nazi-Hetze gegen den Bau einer Moschee in Hörde

Der geplante Moscheebau in Dortmund-Hörde ist Anlaß für Neo-Faschisten verschiedener Gruppierungen, zu einer Demonstration aufzurufen. Unter dem Motto „Nein zu Multi-Kulti und „Nein zu islamischen Zentren“ wollen sie sich am 19. Juni in Dortmund-Hörde zusammenrotten. Mit aufhetzenden Behauptungen wie „in Hörde soll eine türkische Stadt entstehen“ und „nach dem Hörder Muster werden in ganz Deutschland islamische Zentren entstehen“ werben sie bundesweit im Internet für ihren Aufmarsch. Die den Neofaschisten nahe stehende DVU, die mit 2 Vertretern im Rat der Stadt sitzt, macht aus ihrer Ausländerfeindlichkeit ebenfalls keinen Hehl. Sie will ihren Kommunalwahlkampf ganz auf Hörde ausrichten. Dort sieht sie ein „Klein-Anatolien“, ein Ghetto, eine „Großmoschee“ heranwachsen. Mit ähnlicher Panikmache hetzt eine Hörder Bürgerinitiative gegen das geplante islamische Gemeindezentrum mit betreutem Wohnen für Alte und 54 Wohneinheiten, die frei vergeben werden sollen.

Diese gemeinsame Offensive von Neofaschisten und ihnen nahestehenden rechtsten Parteien und Gruppierungen ist ein Angriff auf Toleranz und Mithenschlichkeit. Er betrifft nicht nur ausländische Mitbürger, die diskriminiert werden sollen, sondern alle, die sich für ein Miteinander und gute Nachbarschaft einsetzen wollen. Das Klima eines ganzen Stadtteils soll vergiftet werden, indem Ängste und Unzufriedenheit vieler Bürger für ausländerfeindliche Propaganda mißbraucht werden soll.

Wir sagen: Nicht die Ausländer sind das Problem, sondern eine unsoziale Politik, die sowohl Ausländer als auch Inländer trifft.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir lehnen jede Art von religiösem Fundamentalismus ab, sei er christlich, islamisch oder jüdisch geprägt. Davon kann aber bei der Hörder islamischen Gemeinde keine Rede sein.

Die Kirchen und der „runde Tisch“ in Hörde sprechen von gewachsenen, gutnachbarschaftlichen Strukturen.

Unsere Geschichte mahnt! Ausländerfeindlichkeit und Rassismus haben in unserer Geschichte schon einmal in die Katastrophe geführt. Von den Nazis wurden „Die Juden“ zum Sündenbock gestempelt, sie wurden für das Elend jener Zeit verantwortlich gemacht. 1938 ging die Hörder Synagoge in Flammen auf, mit ihr brann-



Die Hörder Synagoge neben der evang. Lutherkirche vor der Zerstörung in der Pogromnacht am 9. Nov. 38

ten die jüdischen Gotteshäuser im ganzen Land. Von den Hörder und Dortmunder jüdischen Familien hat kaum eine den Holocaust überlebt. So wie damals gegen die Synagoge, die friedlich neben der evangelischen Kirche in Hörde stand, hetzen die Faschisten heute gegen einen Moscheebau. Wir vergessen dabei nicht, daß sie erst vor ein paar Monaten Front gegen den Neubau einer Synagoge in Bochum machten. Lassen wir nicht zu, daß sich Geschichte wiederholt: Kein Antisemitismus! Kein Antiislamismus!

Die Hetze gegen den Bau einer Moschee in Hörde und die Hetze gegen ausländische Mitbürger verstößt massiv gegen die Artikel 1, 3 und 4 des Grundgesetzes:

Artikel 1: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Artikel 3/3 GG bestimmt: Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Artikel 4/1 besagt: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. **In diesem Sinne fordern wir ein Verbot des Nazi-Aufmarsches in Hörde!**

Wir rufen die Hörder Bürger auf, sich gegen die Nazi-Provokationen zu wehren und damit kund zu tun: Nazis haben in Hörde, Nazis haben in Dortmund und auch anderswo nichts zu suchen!

Am 19. Juni in Hörde: Ja zur multikulturellen Gesellschaft! Nein zu Nazipropaganda und Naziaufmärschen!

Ursula Richter, 64 J., Malerin kandidiert für die BV Hörde

Teure Feigheit

Feigheit kann teuer werden. Vor allem wenn es nicht die eigene ist. Der Richter des Amtsgerichts, der am Donnerstag in Dortmund zu feige war, einen Angeklagten, der sich den Nazis bei ihrem Aufmarsch am 20.9.03 in den Weg stellte, freizusprechen, sondern das Verfahren einstellte, der war zu feige, das einzig Richtige zu tun: Sich zu weigern, weiter an der von der noch erbärmlicheren Dortmunder Staatsanwaltschaft verordneten Justizfarce teilzunehmen und Antifaschisten zu bestrafen, nur weil sie sich nicht nur Antifaschisten nennen, sondern auch so handeln. Einen Naziaufmarsch stö-

ren – was denn sonst?

Der Amtsrichter wollte kein Urteil sprechen und sprach dann doch eins. Eins gegen sich selbst. Er brummte dem jungen Angeklagten, einem Studenten, 600 Euro Bußgeld und die Gerichtskosten auf, aber ganz ohne Urteil. So musste er es nicht begründen. Er hat gekniffen.

Wie soll man es auch begründen? Wie sollen wir es auffassen, was die Staatsanwaltschaft da ausheckte? Sie hat lange in den Akten gewühlt, und glaubte, Anhaltspunkte für eine Anklage gefunden zu haben. Die Polizei hatte noch am 20. 9. davon gesprochen, sie wolle das Versammlungsrecht großzügig auslegen. Von der Polizei kam of-

fenbar keine Initiative zu den Prozessen, die nun gegen einige Teilnehmer der Blockade von der Langen Straße laufen. Die Polizisten, die als Zeugen geladen waren, konnten sich an nichts Nachteiliges erinnern, das man dem Angeklagten vorhalten konnte.

Doch die Staatsanwaltschaft, darauf geeicht, den Nazis hilfreich unter die Arme zu greifen, glaubte, aus den Berichten eine Anklage basteln zu können. Und der Richter? Statt der Staatsanwaltschaft ihr mieses Papier um die Ohren zu hauen, reagierte er nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Nicht verurteilen und dann doch verurteilen. Feige und erbärmlich.

Nachlese...

Auf Einladung des Linken Bündnis Dortmund sprach der Frankfurter Sozialwissenschaftler Professor Rainer Roth am 8. April auf einer gut besuchten Veranstaltung zum Thema „Nebensache Mensch“ – Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Wer nun ein trockenes, abstraktes Referat erwartet hatte, wurde aufs angenehmste enttäuscht: Prof. Roth präsentierte die nicht unkomplizierte Materie auf sehr anschauliche und durchaus unterhaltsame Weise. Nach einer Analyse der gegenwärtigen Krise und ihrer systembedingten Ursachen belegte er nachvollziehbar die Unmöglichkeit, die Krise innerhalb des kapitalistischen Rahmens zu lösen.

Er kritisierte, dass der DGB letztlich den Sozialabbau mitorganisiere, statt, sowohl ideologisch als auch konkret, auf grundsätzlichen und massiven Widerstand zu orientieren. Sein Credo: „Lasst uns offensiv unsere eigenen Interessen vertreten, so wie das Kapital die seinen!“

... und Vorschau

Der Abend mit Professor Roth war Auftakt zu einer **Veranstaltungsreihe des Linken Bündnis Dortmund: „Gegenwartsprobleme und Zukunftsfragen an Kommunalpolitik“**.

Die Reihe beschäftigt sich mit den Widersprüchen der herrschenden Standort-, Deregulierungs- und Privatisierungslogik und den daraus folgenden sozialen Ausgrenzungen und Stigmatisierungen. Dabei soll versucht werden, von einer allgemeinen Darstellung und Kritik zu einer Diskussion der Probleme hier vor Ort zu gelangen und konkrete Politik zu entwickeln.

Zu den verschiedenen Themen werden prominente Gesprächspartner und -partnerinnen als Experten eingeladen.

Auf Prof. Roth folgt eine Veranstaltung mit Dr. Werner Rügemer.

Weitere Themen (u. a. „Familienpolitik“, „Verkehr/Umwelt“, „Sicherheit/Demokratie“, „Jugend“) sind in Vorbereitung.

Gegenwehr

Die Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), die Deutsche Journalistenunion Bezirk Westliches Westfalen (dju), das Linke Bündnis Dortmund und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) laden ein: **Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung: Antifaschismus - ein alter und neuer Straftatbestand?**

Mit Ulrich Sander, Journalist, und Wolfgang Richter, Professor i.R. am Dienstag, dem 25. Mai 04, 19.30 Uhr, im Depot.

Ulrich Sander bemüht sich seit Jahren, der Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Kriegs- und Nazi-verbrechern auf die Sprünge zu helfen. Das machte ihn suspekt. Am 3. Dezember 2003 wurden mit fadenscheinigen Begründungen seine Wohnung durchsucht und sein Computer beschlagnahmt.

Wolfgang Richter hat sich einem Naziaufmarsch in den Weg gestellt, was ihm einen Strafbefehl eintrug. Freilich hat er Einspruch eingelegt, so dass er nun auf seinen Prozeß wartet.

Es wird Zeit, die bedrohlichen Vorgänge zur Kenntnis zu nehmen und über Möglichkeiten der Gegenwehr nachzudenken.

**„Schlanke Stadt - Fette Beute“
Die Kommunen im Privatisierungswahn
oder: Die Plünderung öffentlichen Eigentums als profitable Lüge
mit Dr. Werner Rügemer, Universität Köln
am Mittwoch, dem 26. Mai 2004, 19.00 Uhr
im Dietrich-Keuning-Haus**

Gespräch zwischen PDS und Linkem Bündnis Dortmund

Auf Anregung des Linken Bündnis fand am 21.04.04 ein Gespräch zwischen PDS-Dortmund und Linkem Bündnis Dortmund statt.

Anlass waren Äusserungen von PDS-Mitgliedern, die über das Linke Bündnis gemacht wurden und dort viel Empörung verursachten. Gemäß der Linie des Linken Bündnis, „die PDS-Dortmund ist im Wahlkampf politischer Konkurrent, nicht Gegner“, sollten die bestehenden Konflikte möglichst sachlich angegangen werden. Es handelte sich nicht um den Versuch, in Zukunft auf notwendige, auch harte Kritik untereinander zu verzichten. Es sollte aber versucht werden, „öffentliche Schlammschlachten“ zu vermeiden. Das Ansehen der Linken insgesamt sollte nicht beschädigt werden, den rechten Kräften sollte nicht in die Hände gespielt werden.

Die PDS-Vertreter erklärten auf Nachfrage und deutliche Kritik, dass die maßgeblichen Äusserungen auf Ihrer Webseite nur die Meinung Einzelner seien, nicht jedoch die Position der PDS-Dortmund widerspiegeln. Mitglieder des Linken Bündnis Dortmund konnten diese Argumentation nicht nachvollziehen. Sowohl von Ver-

tretern der PDS als auch des Linken Bündnis wurde über wichtige Gemeinsamkeiten, z.B. im Kampf gegen Rechts, in der Friedensfrage, die es außerparlamentarisch auszubauen gelte, gesprochen.

Der Vorschlag von W.Richter, sich trotz der konkurrierenden Kandidaturen auf einen gemeinsamen OB-Kandidaten zu einigen, wurde erneuert. Insbesondere U.Sander, als bekannter Antifaschist, verbinde in seiner Person und Kandidatur wichtige Aspekte des gemeinsamen Kampfes gegen Rechts. PDS-Vertreter machten einen eigenen Vorschlag, sagten aber zu, über einen eventuellen gemeinsamen OB-Kandidaten in ihren Gremien zu beraten. H.Manz erklärte für die PDS-Dortmund, dass die PDS auf offensichtlich falsche Informationen, Verdrehungen und antikommunistische Stimmungsmache gegenüber dem Linken Bündnis verzichten werde.

Die Teilnehmer (Parteilose Linke, DKP, PDS) fanden das Gespräch nützlich, sprachen sich auch für weiteren gegenseitigen Informationsaustausch aus.

*Dietmar Kompa,
Sprecher des Linken Bündnis Dortmund*



*Doris Borowski, 60 J., Lehrerin,
kandidiert auf Platz 6 der Reserveliste
und im WK 32 (Hombruch)*



*Herbert Reker, 73 J., Schriftsetzer, Rentner,
kandidiert auf Platz 9 der Reserveliste
und im WK 21 (Brackel)*

Ohne Moos nix los...



(Danke, Felix!)

Das Linke Bündnis Dortmund erfährt keine öffentliche oder heimliche Förderung. Deshalb wird jede Unterstützung dringend gebraucht!

(Spendenkonto: siehe Seite 1)

**Linkes Bündnis wählen!
Rote Karte gegen Schröder
und Langemeier!**

OB Langemeyer und seine SPD-Genossen stellten sich auf ihrem letzten Parteitag demonstrativ hinter ihren Kahlschlagkanzler. Solche Nibelungentreue ist keine Politik für Dortmund. Die Grünen haben sich bis zur Selbstverleugnung an den Kurs der SPD angepaßt und werden, wenn die Mehrheiten entsprechend ausfallen, auch mit der CDU ins Bett steigen. Und auf CDU und FDP zu setzen, hieße ohnehin nur den Teufel mit Beelzebub austreiben.

Was Dortmund braucht, ist eine konsequente Kraft gegen die Austrocknung der Kommunen! Der Kampf gegen die neoliberale Unmenschlichkeit ist nicht mit dem Stimmzettel zu gewinnen, dazu braucht es den gemeinsamen Druck von unten. Aber: **Jede Stimme für das Linke Bündnis Dortmund ist eine klare Botschaft: Ich bin gegen die „Agenda“! Gegen den „Sparkurs“! Nicht für Abschaffung, sondern für Ausbau der sozialen Rechte!**

Veranstaltungen

- 25.05. 19.30 Uhr im Depot
Podiumsdiskussion: „**Antifaschismus - ein alter und neuer Straftatbestand?**“
Eine Veranstaltung der VDJ mit Ulrich Sander und Wolfgang Richter
(siehe Beitrag im Innenteil)
- 26.05. 19.00 Uhr im Dietrich-Keuning-Haus
„**Schlanke Stadt - fette Beute**“ - Die Kommunen im Privatisierungswahn
oder: Die Plünderung öffentlichen Eigentums als profitable Lüge
mit **Dr. Werner Rügemer**, Uni Köln
eine Veranstaltung des Linken Bündnis Dortmund
- 28.05. bis 31.05. „**Her mit dem schönen Leben !**“
Pfingstcamp der SDAJ in Köln
- 01.06. 19.00 Uhr im Z
**Aktivtagung
des Linken Bündnis Dortmund**
- 03.06. 16.30 Uhr Westfalenhalle
Schröder, Schartau und Steinbrück
kommen - wir auch?
(Eintritt nicht frei)
- 03.06. 19.00 Uhr im Z
„**Gegen ein Europa der Konzerne !**“
mit **Axel Köhler-Schnura**,
Kandidat der DKP zur Europawahl
öffentliche Mitgliederversammlung
der DKP
- 03.06. 19.30 Uhr im Café Corso
Referat und Diskussion zum Thema
„**Bedeutung von Nazi-Subkultur**“
- 13.06. **Europawahl
Links wählen ! DKP wählen !**
- 14.06. 19.00 Uhr in der Bibliothek der Gesamtschule Gartenstadt
„**Glatzenschnitt**“ - Neofaschismus im Ruhrgebiet als Krimi-Thema
Lesung und Diskussion mit dem Autor **Reinhardt Junge**
- 19.06. **Antifa-Demonstration in Hörde**
Zeit und Treffpunkt sind noch nicht festgelegt, bitte Medien und Internet beachten!
- 19.06. bis 24.06. 1. Dortmunder Sommerakademie:
„**Arbeit im 21. Jahrhundert - ein Auslaufmodell?**“
(Zeitpunkt und Ort stehen noch nicht fest)
- 26.06. **Straßenfest des Ausländerbeirats** in der Münsterstraße
- 11.07. 16.00 Uhr im Z
Peter Hacks - Lesung mit Arnold Schölzel, Chefredakteur der „Jungen Welt“



Jeden Donnerstag von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr im Z „**Sprechstunde**“ des **Linken Bündnis Dortmund**

Das Z ist das Zentrum für Politik und Kultur der DKP Dortmund in der Oesterholzstraße 27